

NACH DER ULTIMATIVEN SVP-FORDERUNG NACH EINEM ZWEITEN BUNDESRATSSITZ

# Keine freiwilligen Rücktritte

Auch nach der ultimativen Forderung, für die SVP müsse Christoph Blocher den zweiten Bundesratsitz erhalten, denken die beiden CVP-Bundesräte nicht an einen freiwilligen Rücktritt. Die SP wartet ab.

von HUBERT WILI

BERN. «Ein freiwilliger Rücktritt kommt nicht in Frage», lässt Bundesrat Joseph Deiss durch seinen Sprecher Manuel Sager ausrichten. Freilich äussere sich der Volkswirtschaftsminister nicht zur Zauberformel und zur parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung. Hingegen befürchtet Deiss durch die Polarisierung «eine Lähmung der Politik, welche der Souverän wohl nicht begrüsst». Deshalb müssten nun die Parteien «Farbe bekennen, mit wem sie politisieren wollen». Deiss wolle auf alle Fälle das von ihm in die Wege geleitete Wachstumsprogramm weiterführen.

Ähnlich tönt es aus dem Justizdepartement von Ruth Metzler. Für seine Chefin stehe die am 10. Dezember durch die Vereinigte Bundesversammlung vorzunehmende Wiederwahl «nicht zur Diskussion», erklärt ihr Sprecher Hans Klaus. Metzler sei über das Wahlergebnis ihrer Partei «enttäuscht», doch sei es nun an den Parteien, das Gesamtergebnis zu analysieren. Die Justizministerin will im kommenden Jahr als Bundespräsidentin antreten und als solche ihre Bürgerrechtsvorlagen gegen die SVP (!) an der Urne durchbringen.

## Schmid nimmt Lagebeurteilung vor

Stellt sich die Frage, was Verteidigungsminister Samuel Schmid zu tun gedenkt, nachdem seine SVP in den vergangenen Jahren öfters auf Distanz zu ihm gegangen ist und ihm Christoph Blocher am Abend des Wahlsonntags zu verstehen gegeben hat, dass er nicht der Wunschminister der SVP sei. Der selbst ernannte Zürcher Bundesratskandidat drohte denn auch, dass sich die SVP bei



Bild: key

Christoph Blocher hat mit seiner Bundesratskandidatur einige Unruhe ausgelöst. Vordergründig gibt man sich in Bern aber gelassen.

einer Nichtwahl aus der Regierung zurückziehen und auf die Rolle der Oppositionspartei konzentrieren werde. Sollte Samuel Schmid nicht mitmachen, sei dieser nicht mehr der Bundesrat der SVP.

Schmid selber legte gestern lediglich dar, er habe von der Forderung seiner Partei Kenntnis genommen. Einen zweiten SVP-Sitz zur Diskussion zu stellen sei legitim. Er werde nun «eine Lagebeurteilung vornehmen und zu gegebener Zeit die Öffentlichkeit über das Resultat in Kenntnis setzen». Ob er den SVP-Plan mitträgt, lässt Schmid bis dahin offen. Abmachungen oder Zusicherungen hat er bis anhin keine in Aussicht gestellt. Ob er seine Haltung vor oder nach der ausserordentlichen Fraktionssitzung

von Freitagnachmittag öffentlich darlegt, bleibt abzuwarten.

## SP schaut vorläufig zu

Längst vor den Wahlen war klar, dass sich die vier Bundesratsparteien nach dem Vorliegen der Ergebnisse über die Zauberformel (siehe Kasten) würden unterhalten müssen. Nach dem Sonntag ist indessen klar, dass sich FDP und CVP nicht einem ultimativen Diktat beugen werden. Sie verlangen von der SVP ein konstruktives Mitregieren. Diese dürfe dann nicht mehr zu fast allem Nein sagen. Gesucht wird nun das Gespräch unter den Parteispitzen.

In der Frage der Regierungsbildung ist die SP die Scharnierstelle. Sie, welche den Anspruch der SVP auf einen zweiten

Sitz grundsätzlich anerkennt, wartet erstmal das Diskussionsergebnis der Bürgerlichen ab. Auch wenn die SVP «mit ihrer bewussten Provokation» den Prozess behindere, mache die SP «keine Lösungsvorschläge», stellt deren Generalsekretär Reto Gamma klar. Die Personenfrage stelle sich erst, wenn das Feld abgesteckt sei. Gamma erinnert daran, dass in den vergangenen Jahren die Parteien jeweils einen Zweivorschlag zur Auswahl präsentiert hätten. An diese Usanz habe sich auch die SVP zu halten. Gamma lässt es offen, ob die Fraktion dereinst Blocher unterstützen könnte. Bei sehr vielen Abgeordneten ist hingegen eine klare Haltung auszumachen: «Blocher ist für mich nicht wählbar», tönte es gestern vielfach im Bundeshaus.

## Zauberformel

BERN. Seit 44 Jahren wird die Schweiz nach der so genannten Zauberformel regiert: Je zwei Mitglieder von FDP, CVP und SP sowie ein SVP-Vertreter lautet die magische Besetzung des Bundesrats. Trotz wiederkehrender Kritik hat die Formel alle voreiligen Nachrufe überlebt.

Die Stunde der Zauberformel schlug bei der Bundesratswahl am 17. Dezember 1959. Als Urheber gilt der damalige CVP-Generalsekretär Martin Rosenberg. Er orchestrierte anlässlich dieser historischen Vierervakanz im Bundesrat die Wahl der Sozialdemokraten Willy Spühler und Hans-Peter Tschudi. Die SP sicherte sich damit erstmals eine Doppelvertretung in der Regierung. Die CVP löste ein Versprechen ein, das sie der SP als Dank für die Hilfe bei der Wahl des CVP-Mannes Giuseppe Lepori fünf Jahre zuvor gegeben hatte.

Obwohl schon vielfach totgesagt, hat die Zauberformel bislang alle offenen und versteckten Angriffe überstanden. Lange Zeit stand dabei die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten zur Diskussion. Nachdem die bürgerliche Parlamentsmehrheit 1983 Otto Stich der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen vorgezogen hatte, diskutierte die SP gar selber über einen Regierungsaustritt. Störmanöver gegen das «Machtkartell» der Grossen starteten wiederholt auch die Nichtregierungsparteien. 1989 schickte der Landesring bei der Wahl von Kaspar Villiger (fdp) Monika Weber ins Rennen, blieb aber chancenlos. Die Rechtsbürgerlichen setzten zwei Mal erfolglos auf die FDP-Sprengkandidatin Vreni Spoerry, 1993 bei den Wirren um die Wahl von Ruth Dreifuss und 1995 bei der Wahl von Moritz Leuenberger.

Nach den erfolgreichen Wahlen von 1999 startete dann die SVP einen konzentrierten Angriff auf die Zauberformel. Christoph Blocher liess sich als Bundesratskandidat aufstellen und trat gegen die SP an. Dieselbe Taktik verfolgte die SVP auch anlässlich der letzten SP-Vakanz, als sich Toni Bortoluzzi am 4. Dezember 2002 vergeblich um die Nachfolge von Ruth Dreifuss bewarb. (ap)

INTERVIEW MIT DEM BERNER POLITOLOGEN ANDREAS LADNER

# «Das Phänomen SVP ist nicht so leicht vom Tisch»

Ein Bundesrat Christoph Blocher würde die SVP nicht davon abhalten, weiterhin Oppositionspolitik zu betreiben, meint der Politologe Andreas Ladner. Trotzdem rät er den Parteien, die «Offerte» der SVP zu prüfen.

Interview: NICO RENNER

## Welches ist Ihre Analyse der eidgenössischen Wahlen 2003?

Andreas Ladner: Die SVP hat gewonnen, stärker noch als erwartet. Sie konnte in der Deutschschweiz ihre Stellung ausbauen und vor allem in der Westschweiz grosse Erfolge erzielen.

## Ueli Maurer wiederholte die Forderung nach einem zweiten SVP-Sitz im Bundesrat und stellte ein Ultimatum. Was raten Sie den andern Parteien?

Das ist eine Offerte, welche die andern Parteien sehr genau prüfen müssen. Vielleicht ist es ja doch ein sehr verlockendes Angebot.

## Inwiefern verlockend?

Es ist eine Chance, die SVP einzubinden und ihr letztlich auch Regierungsverantwortung zu übertragen. Und dies würde wahrscheinlich schon den Druck entschärfen, der momentan von der SVP auf die andern Parteien ausgeübt wird.

## Diese Rechnung ginge aber nur auf, wenn im Dezember tatsächlich Chris-

## toph Blocher in den Bundesrat gewählt würde.

Das ist die bittere Pille, die damit verknüpft ist. Die SVP sagt: Blocher oder keiner. Es entspricht zwar nicht den schweizerischen Gepflogenheiten, dass sich die andern Parteien einen Kandidaten aufzwingen lassen. Aber das wäre die einzige Garantie, dass die Integrationsstrategie einigermaßen erfolgreich sein könnte.

## Die andern Parteien müssten nun also in den sauren Apfel beissen?

Jeder Bundesrat wird von den andern Parteien gewählt. Diese haben es in der Hand.

## Welche Vor- oder Nachteile hätte die Wahl Blochers für die Konkordanz?

Diese Wahl würde das rechte Lager stärken. Die Anliegen der SVP wären dann natürlich besser deponiert im Bundesrat. Diese Wahl könnte auch zu einer neuen Zauberformel führen und zu einer Mehrheit SVP-FDP. Dadurch würde die Linke vor allem in der Sozialpolitik geschwächt. Sie könnte nicht mehr mit der CVP eine Mehrheit bilden. Diese Verschiebung des politischen Schwerpunktes kann je nach politischem Standpunkt als Vorteil oder als Nachteil betrachtet werden.

## Müsste Blocher seine Wahl auf jeden Fall annehmen?

Im Rahmen der von der SVP gestellten Bedingungen könnte er eine Wahl nicht ablehnen. Zudem hat er deutlich gezeigt, dass es ihm damit ernst ist.



Bild: key

Die Doppelrolle Opposition und Regierung ist möglich, sagt Andreas Ladner.

## Welche Folgen hätte die Wahl Blochers für die SVP?

Die Position der SVP würde gestärkt. Die Zürcher Linie der Partei würde regierungsfähig.

## Könnte denn die SVP ihren Vormarsch auch mit einem Bundesrat Blocher noch fortsetzen? Dieser wäre ja dann Teil der verachteten «Classe politique».

Politik wird letztlich nicht auf der Strasse gemacht, oder durch Volksabstimmungen, an denen man Nein sagt. Vielmehr läuft die wirklich entscheidende politische Gestaltung über die stärksten Positionen in der Exekutive. Ich gehe

nicht davon aus, dass die SVP päpstlicher als der Papst wäre, wenn sie mit Herrn Blocher im Bundesrat vertreten wäre. Das schweizerische System erlaubt es bis zu einem gewissen Punkt durchaus, die zwei Funktionen Regierung und Opposition wahrzunehmen. Daran würde die SVP auch in Zukunft festhalten. Die Vorstellung, man hätte mit der Integration von Herrn Blocher in den Bundesrat das Phänomen SVP vom Tisch, ist falsch. Die SVP würde sich nach wie vor in gewissen Fragen gegen die offizielle Politik wenden. Die Linke macht das schliesslich auch schon seit Jahrzehnten.

## Haben die andern Bundesratsparteien zum Wahlerfolg der SVP «beigetragen»?

Natürlich hat der Erfolg einer Partei immer mit dem schlechten Abschneiden der andern zu tun. Man kann immer darüber diskutieren, ob die andern Parteien etwas falsch gemacht haben oder ob wir es einfach mit dem Wandel der Zeit zu tun haben und gewisse Parteien ihre historische Rolle erfüllt haben. Ich glaube aber schon, dass die FDP der SVP mehr hätte entgegenhalten können, wenn sie organisatorisch stärker aufgetreten wäre. Und man kann argumentieren, dass sich die CVP in ihren Stammlanden besser hätte behaupten können, wenn sie rechtzeitig erkannt hätte, dass dort niemand nach Europa will.

## Hat SP-Präsidentin Christiane Brunner einen Fehler begangen, als sie im Sommer laut über einen zweiten SVP-Bundesratsitz nachdachte?

Ich glaube nicht, dass das eine Rolle spielte. Die SP muss sich aber ernsthaft fragen, ob sie in diesem politischen Wandel nicht verloren hat. Die paar Sitzgewinne und schönen Personalerfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik insgesamt nach rechts rutscht und dass es damit für die SP härter wird, sich zu behaupten. Sie muss sich überlegen, welche Strategie sie in Zukunft fahren will.

Andreas Ladner (45) ist Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern.